

# Regierungsratsbeschluss

vom 5. November 2012

Nr. 2012/2181

## **Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative "Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher (UREK-N)" Schreiben an das Bundesamt für Energie BFE, Bern**

---

### **1. Erwägungen**

Mit Schreiben vom 27. September 2012 gelangt die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N) an die Kantonsregierungen und ersucht die Kantonsregierungen um eine Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative "Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher". Dem Schreiben lagen die entsprechenden Unterlagen bei.

### **2. Beschluss**

Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes wird die Stellungnahme an das Bundesamt für Energie (BFE) zur parlamentarischen Initiative "Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher" beschlossen.



Andreas Eng  
Staatsschreiber

### **Beilage**

Schreiben an das Bundesamt für Energie (BFE) vom 13. November 2012

### **Verteiler**

Volkswirtschaftsdepartement (2, GK-Nr. 2012-2887)  
Amt für Wirtschaft und Arbeit (2)  
Energiefachstelle  
Amt für Umwelt (2)  
Ratsleitung (8)  
Medien (jae)